



17. Entwicklungspolitischer Bericht der Bundesregierung

Entwicklungspolitik im Zeichen einer sich wandelnden,
multipolaren Welt



Entwicklungspolitik im Zeichen einer sich wandelnden, multipolaren Welt

Der 17. Entwicklungspolitische Bericht beleuchtet die deutsche Entwicklungspolitik in einer Zeit, die von wirtschaftlichen, ökologischen und gesellschaftlichen Umbrüchen gekennzeichnet ist. Die Weltgemeinschaft muss die Transformation zu Klimaneutralität bewältigen, sich an den fortschreitenden Klimawandel anpassen und zugleich bestehende und weiter zunehmende Ungleichheiten abbauen. Außerdem ist die Welt multipolarer geworden. Viele Länder in Asien, Afrika und Lateinamerika treten heute als wirtschaftlich und geopolitisch selbstbewusste Akteure auf. Sie fordern gleiche Möglichkeiten und Rechte ein und organisieren sich in neuen Allianzen.

Zu Beginn der Legislaturperiode schien es undenkbar, dass ein Krieg in Europa die Arbeit der neuen Bundesregierung bestimmen würde. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine markiert eine Zäsur für Europa und eine sicherheitspolitische Zeitenwende. Und auch in vielen anderen Teilen der Welt gab es Krisen und Konflikte, die Leid in der Zivilbevölkerung und neuen Fluchtbewegungen auslösten.

Die Agenda 2030 war in dieser Legislaturperiode die Richtschnur der deutschen Entwicklungspolitik. Für einen wirksamen Schutz und die Gewährleistung globaler öffentlicher Güter wie Frieden und Sicherheit, Klima, eine intakte Umwelt und Gesundheit bleiben die regelbasierte multilaterale Ordnung und starke internationale Organisationen sowie die Europäische Union unerlässlich. Vor diesem Hintergrund setzte die Bundesregierung in der zu Ende gehenden Legislatur folgende entwicklungspolitische Schwerpunkte um:

Globale Gesundheit und körperliche Selbstbestimmung ermöglichen

Die Covid-19-Pandemie hat der Welt drastisch vor Augen geführt, dass der Schutz vor Infektionskrankheiten, eine wirksame Pandemieprävention und funktionierende Gesundheitssysteme zentral für die globale Gesundheit sind. Denn neben den direkten Folgen der Pandemie für Millionen von Menschen kam es auch zu enormen Rückschritten bei der Bekämpfung anderer Krankheiten, insbesondere bei den Ärmsten der Armen. Mit der neuen Strategie zur globalen Gesundheit bekräftigt die Bundesregierung ihren Anspruch, die gesundheitsrelevanten Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 zu erreichen.

Erfolge:

- Über den Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria (GFATM) erhielten im Jahr 2023 25 Millionen Menschen Zugang zu einer HIV-Behandlung. Im gleichen Jahr konnten über 7 Millionen Menschen gegen Tuberkulose und 171 Millionen Menschen gegen Malaria behandelt sowie 227 Millionen Malarienetze verteilt werden.
- Um eine gerechtere globale Verteilung von Covid-19 Impfstoffen zu erreichen, unterstützte die Bundesregierung die internationale Impfstoffallianz COVAX.¹ Darüber konnten knapp 2 Milliarden Impfstoffdosen bereitgestellt werden.

¹ COVID-19 Vaccines Global Access

- 2022 haben in der MENA-Region (Middle East and North Africa) durch deutsche Unterstützung etwa 3,5 Millionen Menschen Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen erhalten. Insgesamt 186 Gesundheitseinrichtungen wurden errichtet bzw. ihre Kapazitäten gestärkt.
- Seit Anfang 2022 hat das BMZ in der Ukraine gemeinsam mit Partnern mehr als 110 Gesundheitseinrichtungen wiederhergestellt oder ausgebaut und konnte rund 3 Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer medizinisch unterstützen.

Armut, Hunger und Ungleichheit wirksam zurückdrängen

2023 hungerte weltweit fast jeder zehnte Mensch, insgesamt rund 733 Millionen Menschen. Seit dem Ausbruch der Covid-19-Pandemie hat sich die Zahl der Hungernden damit um 152 Millionen erhöht. Auch der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hatte und hat nach wie vor fatale Auswirkungen auf die globale Ernährungssicherheit. Die existentiellen Lebensgrundlagen von Menschen zu sichern und Armut, Hunger und Ungleichheit stärker in ihrem Zusammenspiel zu bekämpfen, bleibt daher Kernaufgabe der deutschen Entwicklungspolitik.

Erfolge:

- Durch den Bau von Entwässerungsanlagen und die Erweiterung des Trinkwassernetzwerks konnten die Sahel-Allianz² und ihre Partner den Zugang zu Trinkwasser für 8 Millionen Menschen verbessern. Duale Berufsausbildung und Weiterbildung versetzten mehr als 1,5 Millionen Menschen in die Lage, ihren Lebensunterhalt besser zu bestreiten und ihre Familien zu versorgen. Über 2,3 Millionen Menschen haben Zugang zu Energie bekommen und können ihre Häuser beleuchten, Felder bewässern und Maschinen antreiben.
- Durch multilaterale Bildungsfonds wie der *Global Partnership for Education* (GPE) konnten 2022 107 Millionen Lernende in 90 Ländern gefördert werden, die von extremer Armut oder Konflikten betroffen sind.
- Die BMZ-Sonderinitiative „Gute Beschäftigung für sozial-gerechten Wandel“ hat in Kooperation mit über 5.100 afrikanischen, europäischen und deutschen Unternehmen Arbeitsplätze geschaffen und Ausbildungsmaßnahmen umgesetzt und damit mehr als 147.000 Menschen bessere Arbeitsbedingungen und höhere Einkommen ermöglicht.
- Zur Bewältigung der globalen Ernährungskrise 2022 hat Deutschland knapp zwei Milliarden Euro zusätzlich bereitgestellt. Im gleichen Jahr hat die Bundesregierung das Bündnis für globale Ernährungssicherheit (*Global Alliance for Food Security*, GAFS) als eine gemeinsame Antwort der G7 auf die Ernährungskrise entwickelt. Dieses Bündnis wurde 2024 in die unter brasilianischer G20-Präsidentschaft gegründete *Global Alliance against Hunger and Poverty* (GAHP) überführt.

² Die Sahel-Allianz koordiniert als Geberzusammenschluss die internationale Entwicklungszusammenarbeit in den fünf Sahel-Staaten Mauretanien, Mali, Burkina Faso, Niger und Tschad.

Sozial-ökologische Transformation entschieden vorantreiben (*Just Transition*)

Handlungsleitendes Ziel der Bundesregierung ist ein würdevolles und sicheres Leben für alle in einer intakten Umwelt. Der Übergang zu einer klimagerechten, zirkulären Wirtschaft bei gleichzeitig steigendem Energie- und Ressourcenbedarf bleibt ein Kraftakt für alle Länder, insbesondere aber die Länder des Globalen Südens. *Just Transition* bedeutet, diesen Übergang sozial gerecht zu gestalten und niemanden zurückzulassen. Die Bundesregierung unterstützt Partnerländer dabei, erneuerbare Energien auszubauen und die Energiewende zu gestalten, aber auch sich besser an den Klimawandel anzupassen und sich gegen klimabedingte Schäden und Verluste abzusichern. Außerdem unterstützt sie die Länder dabei, die Rahmenbedingungen für den Abbau (kritischer) Rohstoffe zu verbessern und ihn sozial- und umweltverträglich zu gestalten sowie lokale Wertschöpfung aus- und aufzubauen. Für eine umfassende Energiewende spielt grüner Wasserstoff eine Schlüsselrolle: Der dazu benötigte Strom wird dabei klimaneutral aus erneuerbaren Energien produziert, für dessen Gewinnung in vielen Ländern des Globalen Südens sehr gute Bedingungen herrschen.

Erfolge:

- Die Bundesregierung hat Kurs gehalten bei der Umsetzung ihrer Zusagen für die internationale Klimafinanzierung. 2022 und 2023 hat Deutschland seinen gerechten Anteil am weltweiten Klimaversprechen geleistet, Entwicklungs- und Schwellenländer pro Jahr mit 100 Milliarden US-Dollar bei Klimaschutz und Klimaanpassung zu unterstützen. Zuletzt hat Deutschland im Jahr 2023 insgesamt 9,9 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt.
- Die Bundesregierung hat sich zudem für eine ambitioniertere internationale Unterstützung bei der Bewältigung von Klimaschäden und -verlusten eingesetzt und gemeinsam mit den Vereinigten Arabischen Emiraten jeweils 100 Millionen US-Dollar in den dafür neu gegründeten Fonds (*Fund for Responding to Loss and Damage*, FRLD) eingezahlt. Der Fonds soll es Menschen in besonders betroffenen Regionen ermöglichen, angesichts drohender zukünftiger klimawandelbedingter Verluste und Schäden, etwa durch Dürren oder Überschwemmungen, schnell reagieren zu können.
- In der afrikanischen Region der Großen Seen engagiert sich das BMZ dafür, den illegalen Rohstoffabbau und -handel einzudämmen und gleichzeitig formelle Beschäftigung zu fördern. Das BMWK arbeitet mit mehreren Ländern, zum Beispiel mit Brasilien, an der nachhaltigen Gewinnung und Verarbeitung von Rohstoffen. Das BMUV unterstützt seit 2024 die sechs Länder der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrikas (SADC) bei der Gewinnung und Verarbeitung von Energiewendemineralien mit kohlenstoffarmen Bergbau- und Herstellungsmethoden.
- In der 2022 von Bundeskanzler Olaf Scholz und dem indischen Premierminister Modi unterzeichneten Absichtserklärung für eine „Grüne und nachhaltige Entwicklungspartnerschaft“ verpflichten sich Deutschland und Indien, bis 2030 unter anderem in den Bereichen erneuerbare Energien, nachhaltige Urbanisierung und Mobilität sowie Erhalt von Biodiversität und Ökosystemen enger zusammenzuarbeiten.

Feministische Entwicklungspolitik etablieren

Angesichts der weltweit anhaltenden Benachteiligung von Frauen und Mädchen hat die Bundesregierung zu Beginn der Legislaturperiode einen neuen Politikansatz mit Leben gefüllt. Mit der feministischen Entwicklungspolitik und der feministischen Außenpolitik macht sich die Bundesregierung auf globaler Ebene für die „3R“ (Rechte, Ressourcen, Repräsentanz) stark.

Erfolge:

- Das BMZ hat die Entwicklungszusammenarbeit stärker auf die Förderung von Geschlechtergleichstellung ausgerichtet und ist auf gutem Weg, das selbstgesteckte Ziel zu erreichen, dass ab 2025 93 Prozent aller vom BMZ verantworteten neuen Projekte einen Beitrag zu mindestens auch zur Gleichstellung der Geschlechter leisten (2022 waren es nur 66,1 Prozent der Mittel).
- Das BMZ hat zur Umsetzung der Ziele der feministischen Entwicklungspolitik die Zusammenarbeit in multilateralen Organisationen und internationalen Gremien intensiviert und nutzt dabei auch seine Rolle in Aufsichtsräten der multilateralen Organisationen. So unterstützt das BMZ den Treuhandfonds der Vereinten Nationen zur Beendigung der Gewalt gegen Frauen. Auch die Europäische Union ist eine wichtige Partnerin, um Geschlechtergleichstellung und feministische Ansätze voranzutreiben.
- Das BMZ hat in vielen Ländern mit der Strategie korrespondierende Projekte auf den Weg gebracht: In Nepal unterstützt die deutsche Entwicklungspolitik die Verankerung der Rechte von Frauen und Mädchen in der nationalen Gesundheitsstrategie. In Pakistan werden Frauenrechte in der Textilbranche gefördert. In Indonesien werden Frauen im Energiesektor gezielt unterstützt, um den Anteil der erwerbstätigen Frauen in der Branche zu erhöhen. In Kolumbien wird die Regierung beim Aufbau des neuen Gleichstellungsministeriums beraten. In Peru hat das BMZ das spezialisierte Justizsystem für Gewalt gegen Frauen gestärkt. Es unterstützt Frauen und Mädchen sowohl durch rechtliche als auch durch psychosoziale Betreuung und Schutzmöglichkeiten, zum Beispiel über Kontakte zu Frauenhäusern.

Neue Ansätze in der Flucht- und Migrationspolitik

117 Millionen Menschen waren Ende 2023 weltweit auf der Flucht. Das sind mehr als doppelt so viele wie vor zehn Jahren. Dabei nehmen die Länder des Globalen Südens drei Viertel der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen weltweit auf. Bei dieser Herausforderung werden sie von Deutschland unterstützt – auch damit nachhaltige und menschenwürdige Bedingungen für Geflüchtete herrschen. Die Bundesregierung setzt sich zudem durch ihre Entwicklungspolitik dafür ein, das Potenzial regulärer Arbeits- und Fachkräftemigration für die Entwicklung in Partnerländern zu nutzen.

Erfolge:

- Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, dass Staaten soziale Sicherungssysteme und Arbeitsmärkte für Flüchtlinge öffnen und ihrer Schutzpflicht damit nachkommen, so zum Beispiel im Tschad und Mauretanien. Über den Bildungsfonds *Education Cannot Wait* (ECW) wurde zudem die Schulbildung von Kindern in Fluchtkontexten gefördert.

- Seit 2021 wurden über die strukturbildende Übergangshilfe des BMZ in der MENA-Region insgesamt 4,2 Millionen Menschen, davon mehr als die Hälfte Frauen und rund 1,8 Millionen Kinder unterstützt und haben jetzt einfacher Zugang zu sauberem Wasser, Sanitär- und Gesundheitsversorgung, sowie Schulbildung.
- Um dem Fachkräftemangel in Deutschland zu begegnen, setzt sich die Bundesregierung durch ihre Entwicklungspolitik dafür ein, das Potenzial von regulärer Arbeits- und Fachkräftemigration zu heben. So werden Projekte gefördert, um Fachkräfte zum Beispiel aus Marokko, Tunesien und Ägypten mit Unternehmen in Deutschland zusammenbringen und sie in Ausbildung und Arbeit zu vermitteln.
- Durch neun Zentren für Migration und Entwicklung in Ghana, Tunesien, Marokko, Ägypten, Irak, Pakistan, Indonesien, Nigeria und Jordanien unterstützt die Entwicklungspolitik Menschen in Partnerländern bei der regulären Migration – vor allem für Arbeit und Ausbildung – nach Deutschland, Europa und innerhalb der jeweiligen Region. Zudem bieten die Zentren Hilfe für Rückkehrende bei der nachhaltigen Reintegration und klären zu Gefahren irregulärer Migration auf, wie zum Beispiel die Ausbeutung durch Schlepper und die oft lebensgefährlichen Migrationsrouten.

Europäische- und Multilaterale Entwicklungspolitik stärken

Die Bundesregierung hat in der laufenden Legislaturperiode entwicklungspolitische Initiativen angestoßen und umgesetzt, um die multilateralen Formate fit für die Zukunft zu machen. Das Ziel der Reformen multilateraler Organisationen ist, sie zukunftsfähig und krisenreaktionsfähig und damit wirksamer zu machen.

Erfolge:

- Im Rahmen der deutschen G7-Präsidentschaft 2022 initiierte das BMZ gemeinsam mit der internationalen Arbeitsorganisation (ILO), der Weltbank und dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) eine engere Zusammenarbeit, um soziale Sicherung und menschenwürdige Arbeitsbedingungen voranzubringen. Unter deutschem Vorsitz wurde mit den G7-Staaten ein Etappenziel zum Aufbau sozialer Sicherungssysteme und Versorgung der Armen und Schwachen vereinbart (SDG 1.3): bis 2025 eine Milliarde Menschen mehr sozial abzusichern.
- Als global tätiger Akteur und weltweit größter Entwicklungsfinanzier ist die Weltbankgruppe besonders geeignet, eine zentrale Rolle bei der Bewältigung grenzüberschreitender Herausforderungen wie dem Klimawandel, Verlust von Biodiversität oder Pandemien zu spielen. Deshalb hat Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze in ihrer Funktion als deutsche Gouverneurin der Weltbankgruppe gemeinsam mit weiteren Anteilseignern eine grundlegende Reform der Weltbankgruppe angestoßen, damit sie noch stärker als bislang zu einer sozial gerechten und ökologisch ambitionierten Transformation beiträgt. Durch die Reform ist es gelungen, dass die Weltbank ihre Ausleihkapazität um rund 150 Milliarden US-Dollar über 10 Jahre erhöht.
- Die *Hamburg Sustainability Conference* (HSC), eine Initiative des BMZ in Kooperation mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), der Michael-Otto-Stiftung und der Freien und Hansestadt Hamburg, brachte am 7. und 8. Oktober 2024 rund 1.600 Entscheiderinnen und Entscheider aus Politik, multilateralen Institutionen,

Privatwirtschaft, Zivilgesellschaft und Wissenschaft zusammen, um die Erreichung der VN-Nachhaltigkeitsziele (SDG) voranzutreiben. Die HSC hat anknüpfend an den VN-Zukunftsgipfel wichtige Impulse für internationale Prozesse gesetzt und konkrete Lösungen vorgebracht. Zum Beispiel konnten private Investitionen in großvolumige und „grüne“ Wasserstoffprojekte in Höhe von einer halben Milliarde Euro mobilisiert werden. Ein besonderes Augenmerk lag außerdem auf der Hebelung privater Investitionen und engerer Zusammenarbeit für nachhaltige Schiff- und Luftfahrt.

Instrumentenvielfalt und Arbeitsweise – ein komparativer Vorteil Deutschlands in der Welt

Die Entwicklungspolitik der Bundesregierung kann auf einen Mix aus erprobten Instrumenten und Verfahren zurückgreifen und arbeitet mit erfahrenen und weltweit tätigen Durchführungsorganisationen sowie nicht-staatlichen Trägern und der Zivilgesellschaft zusammen. Diese wirken je nach Kontext und konkreten Bedarfen komplementär zusammen und verstärken so die Wirkungen. Entwicklungspolitik wird ressortübergreifend umgesetzt, fast alle Bundesressorts sind in der Entwicklungszusammenarbeit aktiv. Zudem sind die 16 Bundesländer mit eigenen finanziellen Beiträgen und Partnerschaften sowie die Kommunen wichtige Akteure der deutschen Entwicklungspolitik.



Weitere Informationen zur deutschen
Entwicklungspolitik finden sich auf
www.bmz.de/entwicklungspolitischer-bericht

Impressum

HERAUSGEBER

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Kommunikationsstab: Öffentlichkeitsarbeit, digitale Kommunikation

REDAKTION

Referat L2, Politische Planung

STAND

Dezember 2024

GESTALTUNG

Atelier Hauer + Dörfler GmbH, Berlin

BILDNACHWEIS

Titel: Nelson Antoine/Shutterstock

Diese Publikation wird von der Bundesregierung im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.